

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/109

Bonn, den 13. Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Wir lassen sie nicht im Stich 50

Zum 17. Juni

Von Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz  
Geschäftsführender Vorsitzender  
des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND

2 Sinnloses Ablenkungsmanöver 49

Zu den Angriffen der kommunistischen SED auf die SPD-Führung

3 - 4 Unausgeglichener Wohnungsmarkt 104

SPD will soziale Notstände beheben  
Von Brigitte Freyh, MdB

5 - 6 Pankows Aktivität in Frankreich 97

Von Albert Frouse, Paris  
Vertreter des DGB in Frankreich

+ + + -

Wir lassen sie nicht im Stich

Geschäftsführender Vorsitzender  
des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND

Von Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz

Die Deutschlandpolitik ist in Bewegung gekommen. Die Menschen in allen Teilen unseres zerrissenen Vaterlandes horchen auf, wenn über Deutschland als Ganzes gesprochen wird. Niemand weiß, wie lang der Weg zur Einheit des Staats sein wird. Aber jeder begreift, daß die Einheit der Nation erhalten werden kann.

Auf diesem Weg ist der 17. Juni ein Meilenstein der Geschichte. Er hat den Willen der Menschen zu Freiheit und Einheit sichtbar gemacht. Er ist ein Ereignis der deutschen Geschichte, auf das wir als Volk stolz sein können. Doch nicht der Rückblick auf das historische Ereignis, sondern die Aufgabe, die vor uns liegt, steht in diesem Jahr im Mittelpunkt. Die Einheit des Volkes stärken, das ist der Auftrag an jeden Einzelnen, an jede Stadt, jede Gemeinde, jede Gruppe. Jetzt müssen Voraussetzungen geschaffen werden, die für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit unerläßlich sind.

Alle freiheitlichen Parteien und Verbände waren daran beteiligt, als auf der Berliner Tagung des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND im Dezember 1965 die Initiative ergriffen wurde. Alle freiheitlichen Parteien und Verbände haben zugestimmt, als in der Kongresshalle in Berlin der Austausch von Rednern im vollen Licht der Öffentlichkeit vorge-schlagen wurde.

- \* Alle freiheitlichen Parteien und Verbände haben nunmehr die Aufgabe,
- \* die geistige Auseinandersetzung, die Klärung der Tatsachen und Mei-
- \* nungen zu unterstützen. Damit gewinnen sämtliche Veranstaltungen am
- \* Tag der deutschen Einheit einen unmittelbaren Bezug zur handelnden
- \* Politik. Damit gewinnt die Teilnahme an der Kundgebung und das Sym-
- \* bol des Brandenburger Tors eine direkte Aussagekraft. Jetzt ist der
- \* Zeitpunkt gekommen, um unseren Mitbürgern jenseits der Mauer und
- \* der Zonengrenze zu beweisen: Wir lassen sie nicht im Stich. Wir wol-
- \* len gemeinsam mit ihnen die Teilung Deutschlands überwinden.

Wir wissen, mit welcher Erwartung unsere Mitbürger in der "DDR" auf die Auseinandersetzung der Parteien blicken. Sie haben ebenso wie wir aus bitterer Erfahrung gelernt, sich vor übertriebenen Erwartungen zu hüten. Aber sie drängen ebenso wie wir darauf, daß das Erreichbare geschieht.

Erreichbar ist die Gemeinsamkeit der freiheitlichen Kräfte in ganz Deutschland. Erreichbar ist die Klärung der Standpunkte. Erreichbar sollte sein die Erleichterung des Lebens im geteilten Deutschland. Erreichbar muß werden die Beseitigung der Hindernisse, Bedrohungen und Gefahren, die der Begegnung der Menschen noch immer im Wege stehen.

Wir können unseren Mitbürgern jenseits der Mauer und der Zonen-grenze Hilfestellung leisten, indem wir stellvertretend für die ganze Nation die Forderungen des Volkes erheben, die im Interesse aller Men-schen liegen. Wir können stellvertretend für sie die Tatsachen klären, Wahres von Unwahrem scheiden. Wir können dazu beitragen, daß das Licht der Meinungsfreiheit in ganz Deutschland heller leuchtet. Wir können Kräfte des Willens und der Hoffnung wecken, die stark genug sind, um die Politik voranzutreiben.

Am 17. Juni 1966 sollte jeder Staatsbürger seine Pflicht erfüllen. Vom Verhalten jedes Einzelnen hängt es ab, daß die Einheit des Volkes erhalten bleibt.

### Sinnloses Ablenkungsmanöver

#### Zu den Angriffen der kommunistischen SED auf die SPD-Führung

sp. - Seit dem SPD-Parteitag in Dortmund versuchen die sowjetzonalen Nachrichtenagentur ADN und NEUES DEUTSCHLAND, die SPD-Führung in einen konstruierten Gegensatz zu den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei zu bringen. Diese Methode ist zwar nicht neu, wird aber trotzdem immer dann angewandt, und zwar in verstärktem Maße, wenn Kommunisten sich unsicher fühlen.

Man könnte also dieses Punktschießen auf die SPD-Führung mit dieser Bemerkung auf sich bewenden lassen, wenn man nicht genau wüßte, daß die kommunistische SED gerade in dieser Situation einen bestimmten Zweck verfolgt. Man will im Vorfeld der Konfrontation von Chemnitz und Hannover besonders in der Zone den Eindruck erwecken, als könnten sich die von der SPD benannten Redner Willy Brandt, Fritz Erler und Herbert Wehner nicht auf das uningeschränkte Vertrauen der ganzen Partei stützen. Außerdem - das ist auch noch eine Möglichkeit - rechnet Pankow vielleicht damit, daß einzelne Zitate von Angriffen in der Zonenpresse auf die SPD-Führung in Zeitungen der Bundesrepublik zitiert werden, um auf diese Weise auch im freien Teil Deutschlands die Konfrontation der SPD mit der kommunistischen SED zu diskreditieren.

Das ganze Manöver ist gerade jetzt nach dem Dortmunder Parteitag noch plumper - um nicht zu sagen dümmer - als alle früheren Manöver ähnlicher Art. In Dortmund hat die SPD-Führung die vorbehaltlose Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des ganzen Parteitages für ihre Politik erhalten. Das in Dortmund in geheimer Wahl ausgesprochene Vertrauensvotum bezieht sich aber nicht nur auf die Politik der SPD, sondern auch auf die Personen, die für diese Politik, stellvertretend für die Gesamtpartei, verantwortlich zeichnen. Das Abstimmungsergebnis bei der Wahl des Vorstandes gibt davon ein bereites Zeugnis.

Die zweite von der SED ebenfalls mit ihren Angriffen auf die SPD-Führung verfolgte Absicht ist genauso sinnlos. Alle demokratischen Parteien der Bundesrepublik sowie die im KURATORIUM UNTEILBARES DEUTSCHLAND zusammenarbeitenden demokratischen Gruppen haben die offensive geistige Auseinandersetzung mit der kommunistischen SED befürwortet. Ebenso wie die Sozialdemokratie taten sie dies illusionslos, aber mit der erklärten Absicht, trotz unterschiedlicher Auffassung in wichtigen politischen Fragen doch den Versuch zu machen, das Schicksal der Menschen in unserem geteilten Vaterland zu erleichtern.

In Pankow weiß man, daß die Konfrontation von Chemnitz und Hannover von der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes diesseits und jenseits der Zonengrenze positiv bewertet wird. Aber gerade deshalb sind die Ausfälle von ADN und NEUES DEUTSCHLAND gegen die SPD-Führung entweder der Ausdruck einer völligen Verwirrung in den Reihen der kommunistischen SED oder der verzweifelte Versuch, mit Hilfe von Provokationen, die mit dem Gesamtkomplex der offenen Auseinandersetzung zwischen der kommunistischen SED und der SPD zusammenhängenden Fragen auf ein Nebengleis zu verlagern.

Die heute veröffentlichte Erklärung des Präsidiums der SPD zeugt von der Entschlossenheit der sozialdemokratischen Führung, sich von niemandem und durch nichts von der Verpflichtung abdrängen zu lassen, ihr Möglichstes zum Besten g a n z Deutschlands zu tun.

### Unausgeglichener Wohnungsmarkt

SPD will soziale Notstände beheben

Von Brigitte Freyh, MdB

Die SPD-Fraktion hat im Bundestag einen Gesetzentwurf zur Behebung sozialer Notstände auf dem Gebiet des Mietrechts eingebracht, mit dessen Änderungsvorschlägen das in den "weißen Kreisen" seit Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung geltende Recht sozialer und realistischer gestaltet werden soll. In den betroffenen Kreisen hat sich nach der schrittweisen Aufhebung der Mietpreisbindungen und des Kündigungsschutzes gezeigt, daß zahlreiche Menschen in Not und Bedrängnis geraten sind, weil ein tatsächlicher Ausgleich zwischen den Interessen von Vermietern und Mietern vielfach nicht möglich ist. Man kann nun einmal heute noch nicht von einem in Angebot und Nachfrage ausgeglichenen Wohnungsmarkt ausgehen, wie ihn Bundesregierung und Bundestagsmehrheit mit der von ihnen gegen die Stimmen der SPD beschlossenen Mietgesetzgebung voraussetzten.

In den am 1. Juli 1965 als "weiß" erklärten Stadt- und Landkreisen werden die Folgen gerade jetzt spürbar. Nach einjähriger Übergangsfrist wirken sich zum 30. Juni die Kündigungen teilweise langjähriger Mietverhältnisse aus, wird es zu den gefürchteten Räumungsklagen kommen, werden die Gemeinden trotz aller Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau vor fast unlösbare Probleme der Unterbringung von zur Räumung verurteilten Familien gestellt werden - ganz abgesehen von den oft erheblichen Mietsteigerungen im Laufe des vergangenen Jahres, deren Fortsetzung in Zukunft zu erwarten ist, da nach Ablauf der Übergangsfrist die Preisbindung völlig wegfällt. Betroffen sind vor allem Menschen, die in besonderem Maße auf den Schutz ihrer sozialen Interessen durch Staat und Gesellschaft angewiesen sind: alte Menschen, kinderreiche oder junge Familien und einkommensschwache Bevölkerungsschichten.

### Kein Schutz gegen Willkür

Vor allem in den Ballungsgebieten wurde die Unzulänglichkeit sowohl des ausgehöhlten Kündigungsschutzes als auch der unwirksamen Bestimmungen gegen Mietwucher besonders erkennbar. Vor diesem Hintergrund spielt sich das Tauziehen zwischen der Bundesregierung und der ebenfalls von CDU und FDP getragenen nordrhein-westfälischen Landesregierung um die Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung in den Ballungsräumen des Ruhrgebietes mit ihren gefürchteten politischen Auswirkungen auf die Landtagswahl ab. Die Wohnungsgesetzgebung der letzten Jahre, von ihren Befürwortern gerne als "soziales Miet- und Wohnrecht" bezeichnet, hat nun einmal weiten Bevölkerungskreisen am eigenen Schicksal deutlich gemacht, daß sich hinter den wohlklingenden Phrasen in Wirklichkeit eine harte Interessenpolitik der Bundesregierung verbirgt.

Die derzeitige Gesetzgebung bietet dem Mieter keinen Schutz gegen willkürliche Kündigungen. Bekanntlich kann der Vermieter ein Jahr nach der Erklärung eines Stadt- oder Landkreises zum "weißen Kreis" unter Einhaltung der gesetzlich festgelegten Kündigungsfristen ohne jede Angabe von Gründen kündigen. Das in der Härteklausel des DGB niedergelegte Widerspruchsrecht des Mieters gegen eine Kündigung überläßt es der Rechtsprechung, also der Auslegung des Richters, welche

"besonderen Umstände des Einzelfalles" für den gekündigten Mieter eine derartige Härte darstellen, daß eine Kündigung nicht gerechtfertigt ist.

#### Rechtsgrundlage unzureichend

Als "Sozialklausel", wie man sie bewußt bezeichnet, hat sich diese Härteklausel jedenfalls nicht bewährt. Die Klagen reißen nicht ab, daß sie in der Rechtsprechungspraxis eben nicht als Sozialklausel, sondern sehr viel enger ausgelegt wird. Die SPD-Bundestagsfraktion hat auf diese Gefahr schon während der Beratung der Gesetze hingewiesen, denn im Gegensatz zu dem eindeutig geregelten Recht der Vermieter sind die im Gesetz angeführten besonderen Umstände auf seiten des Mieters keineswegs klar als soziale Tatbestände umrissen. Das hat sich vor allem in den zahlreichen Kündigungsfällen erwiesen, in denen die besondere Lage alter Menschen, aber auch Invalidität, Krankheit, Kinderreichtum oder hohe Schwangerschaft nicht ausreichend berücksichtigt worden sind.

Jedoch nicht nur bei sozial ungerechtfertigten Kündigungen, sondern auch bei offensichtlichem Mietwucher haben die Gerichte keine ausreichende Rechtsgrundlage für ihre Entscheidungen. In den gesetzlichen Bestimmungen über Mietwucher fehlen konkrete Beurteilungsmaßstäbe, wenn eine Mietpreisforderung "unangemessen hoch" ist. So hielt beispielsweise erst kürzlich ein Frankfurter Gericht eine Miete von 6,50 DM pro Quadratmeter Wohnraum in einem dürftigen Frankfurter Altbau für "nicht angemessen".

#### Neue Regelungen!

Der Gesetzentwurf der SPD will eine ausreichende Rechtsgrundlage zum Schutz des Mieters vor willkürlichen Kündigungen und klare Bestimmungen über den Tatbestand des Mietwuchers erreichen. Neue Regelungen werden vorgeschlagen für die unstrittene Härteklausel des BGB, für die Bestimmungen des Wirtschaftsstrafgesetzes bei Mietwucher und für die in der Zivilprozessordnung festgelegten Räumungsfristen.

- \* Durch eine Neufassung der Härteklausel soll der Schutz des Mieters
- \* vor willkürlichen oder ungerechten Kündigungen verbessert werden.
- \* Die Kündigung eines Wohnverhältnisses kann nur schriftlich unter
- \* Angabe der Gründe erklärt werden. Sie ist unwirksam, wenn sie sozial
- \* nicht gerechtfertigt ist und der Mieter innerhalb von vier Wochen
- \* schriftlich widerspricht.
- \* Als Mietwucher gelten nach dem Entwurf Forderungen, die 40 Prozent
- \* über den jeweiligen Angemessenheitsverordnungen der Länder liegen,
- \* die zur Zeit nach der Mietpreisfreigabe in der einjährigen Über-
- \* gangsperiode in Kraft treten. Diese Verordnungen gelten für Woh-
- \* nungen, die bis zum 20. Juni 1948 bezugsfertig geworden sind. Aus-
- \* stattung der Wohnung und Größenklassen der Gemeinde sind dabei be-
- \* rücksichtigt. Für nach diesem Stichtag bezugsfertig gewordene Woh-
- \* nungen liegt Mietwucher vor, wenn die Forderungen mehr als ein
- \* Drittel der Kostenmiete übersteigen.
- \* Schließlich sollen die Räumungsfristen, die sich in der Praxis
- \* häufig als nicht ausreichend erwiesen haben, von einem Jahr auf
- \* zwei Jahre verlängert werden.

Die Vorschläge der SPD-Fraktion werden die anderen Parteien des Bundestages zu klaren politischen Stellungnahmen zwingen. Dabei wird es weniger darum gehen, ob sich in einzelnen Punkten im Verlauf der Beratungen noch andere Lösungen anbieten, als vielmehr darum, ob CDU und FDP überhaupt gewillt sind, aus den rechtlichen und sozialen Mängeln der bisherigen Gesetzgebung Konsequenzen zu ziehen. Die SPD denkt mit ihren Vorschlägen weder an eine Wiedereinführung einer staatlich reglementierten Wohnraumbewirtschaftung, noch an Eigentumsbeschränkungen, die die Erfordernisse der Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzers einengen. Die Wohnung ist jedoch die Unterkunft des Menschen und das Heim der Familie. Sie darf deshalb nicht unter der ständigen Bedrohung durch willkürliche Kündigung oder übertriebene Preisforderungen stehen.

### Pankows Aktivität in Frankreich

Von Albert Preuss, Paris  
Vertreter des DGB in Frankreich

In den letzten Monaten wurde in der deutschen Presse wiederholt über das Problem der politischen Aktivität Pankows in Frankreich berichtet. Hervorgehoben wurde diese Diskussion durch einen Artikel des SPD-Pressedienstes mit dem Untertitel: "Pankow unterwandert die Kulturarbeit der Bundesrepublik". Welche Möglichkeiten stehen der Zone bei dem Versuch, die französische öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen, zur Verfügung?

Die Aktivitäten der Zone auf kulturpolitischem Gebiet sind dadurch beeinträchtigt, daß zwischen Pankow und Paris keine diplomatischen Beziehungen bestehen. Damit fehlen der Zone wichtige Voraussetzungen, um ihre Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit offiziell durchzuführen. Die Handelsmission der Zone in Paris kann diesen Nachteil nicht ausgleichen.

\* \* \*

Um trotzdem wirksam werden zu können, bedient sich die Zone einer Reihe kommunistischer oder auch "neutraler" französischer Organisationen und Institutionen. Die wichtigste Rolle spielt dabei seit Jahren der kommunistische Gewerkschaftsbund CGT. Durch die Zusammenarbeit des FDGB mit der größten und einflußreichsten französischen Gewerkschaftsorganisation hat die Zone ein weites Betätigungsfeld bei der arbeitenden Bevölkerung Frankreichs gefunden. Die Zusammenarbeit zwischen der SED und der kommunistischen Partei Frankreichs ist ebenso bedeutsam, weil dadurch einmal die Mitglieder dieser größten politischen Partei Frankreichs erreicht werden, zum anderen aber eine Einflußmöglichkeit im politischen Raum geschaffen wurde, die nicht zu unterschätzen ist.

Neben derartigen direkten Beziehungen und Aktivitäten der Zone in Frankreich muß aber auch die immer intensiver werdende kulturpolitische Aktivität der übrigen Ostblockstaaten in Betracht gezogen werden, weil diese aufgrund ihrer diplomatischen Beziehungen und kulturpolitischen Abkommen mit Frankreich über ausgedehnte Aktionsmöglichkeiten verfügen, die bis zur Inanspruchnahme des staatlichen französischen Fernsehens reichen. Daß sie dabei nicht versäumen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit den französischen Hörern oder Zuschauern die "friedliebende Deutsche Demokratische Republik" zu präsentieren, versteht sich von selbst.

Obwohl die französische Regierung offiziell eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen hat, die eine direkte Aktivität der Ostzone behindern, kann nicht unterbunden werden, daß mehr und mehr kommunistisch inspirierte deutsch-französische Komitees und Austauschorganisationen entstehen, deren Aktivität, langfristig gesehen, nicht zu unterschätzen ist. Die Partnerschaften zwischen Städten der Zone und französischen Städten ergänzen diese Versuche, Einfluß zu gewinnen. Es muß dabei erwähnt werden, daß diese Partnerschaften nicht nur mit kommunistischen französischen Stadtverwaltungen bestehen, sondern auch mit Städten, die konservative Mehrheiten haben. Auf dieser Plattform werden Austauschprogramme durchgeführt, mit denen jährlich meh-

rere tausend Erwachsene und Jugendliche, zum Teil sogenannte "Multiplikatoren", die in Arbeiter- oder Kulturorganisationen Funktionen innehaben, zu günstigen Bedingungen oder auch kostenlos in die Ostzone fahren. Dieser Austausch ist allerdings einseitig, da die französische Regierung die Einreise von Bewohnern der Zone erheblich erschwert.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich die kommunistische Aktivität vor allem auf die Intellektuellen und die Organisationen der Arbeiterschaft konzentriert. Diese Arbeit reicht einerseits bis in die Universitäten und andererseits bis in die Betriebe hinein, in denen häufig kommunistische Betriebsräte die Mehrheit besitzen. An den Universitäten kommt ihnen die traditionelle Linksorientierung weiterer Kreise und die dort häufig zu findene Sympathie für verschiedene Ostblockstaaten zugute.

\* \* \*

Wenn am Anfang von einer wesentlichen Beeinträchtigung der Aktionsmöglichkeiten der Zone in Frankreich die Rede war, die in fehlenden diplomatischen Beziehungen und der damit zusammenhängenden Konsequenzen besteht, muß doch für eine realistische Beurteilung gleichzeitig in Betracht gezogen werden, daß sie aufgrund der dargestellten Voraussetzungen über eine relativ breite Basis für ihre Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit verfügt.

Um einen Vergleich mit der Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesrepublik in Frankreich anzustellen, muß man neben den zu beachtenden Ergebnissen die Methoden und eingesetzten finanziellen Mittel in Betracht ziehen. Ohne die Notwendigkeit ausreichender Finanzierung infrage stellen zu wollen, muß hervorgehoben werden, daß in der Auslandsarbeit der Erfolg weitgehend von den angewandten Methoden abhängig ist. Gerade hier liegt ein kritischer Ansatzpunkt bei der Untersuchung der Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesrepublik in Frankreich.

\* \* \*

Obwohl die Bundesrepublik in den Ausbau der Kulturinstitute erhebliche Mittel investiert hat, ist es bisher nicht gelungen, eine in die Breite wirkende Aktivität zu entwickeln. Solange aber über die bestehenden Einrichtungen nicht alle Schichten der Bevölkerung angesprochen werden, und solange es nicht gelingt, private französische und deutsche Organisationen in die Arbeit mit einzubeziehen, die weniger mit dem Odium des "Offiziellen" belastet sind als Konsulate und Kulturinstitute, müssen jedem Optimismus hinsichtlich der möglichen Ergebnisse der deutschen Kulturpolitik in Frankreich größte Vorbehalte entgegengebracht werden. Eine der Ursachen dieser Fehlentwicklung liegt bereits im Verständnis des Kulturbegriffes, der immer noch einseitig eng aus der Perspektive des Bildungsbürgertums interpretiert wird.

Die Breite und Vielschichtigkeit kultureller Erscheinungen und Bedürfnisse, die klare Vorstellungen und Bemühungen auf allen Ebenen - auch in bezug auf die politische Zielsetzung - verlangt, wird offenbar nicht zur Kenntnis genommen, obwohl gerade von da her die zentralen Fragen jeder erfolgreichen Kulturarbeit zu beantworten sind.

Mit dem Problem konkurrierender Interessen bei der Vertretung unserer Anliegen im Ausland werden wir uns abfinden müssen. Die einzige Möglichkeit der Problemlösung liegt darin, die eigene Arbeit ständig neu zu durchdenken und den jeweiligen Erfordernissen anzupassen.

\* \* \*